Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 263. Freitag den 19. September 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nachdem wir die dem Kaufmann Herrn **Gustav Heinrich Albert Tiemann** unterm 11. Juli c. ertheilte Concession zur gewerbmäßigen Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen und Abschließung von Schiffscontracten im Auftrage der concessionirten Schiffs-Expedienten **Morris & Co.** auf Ansuchen auch auf die Abschließung von Schiffscontracten im Auftrage der concessionirten Schiffsexpedienten **J. F. Siebers** in **Bremen** und **Julius Hartmann** in **Antwerpen** unter heutigem Tage erstreckt haben, wird solches hiermit bekannt gemacht.

Leipzig, am 11. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Uhlmann.

Bekanntmachung.

Die Herstellung einer Schleuße III. Classe in den Straßen am Platze E des nördlichen Bebauungsplanes ist vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Submittenten deshalb hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 11. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Assessor.

Auction.

In der Fleischhalle am Hospitalplatze sollen
Sonnabend, den 27. dieses Monats
Vormittags 11 Uhr
3 Stück Fleischhackestöcke und **1 hölzernes Gitter**
gegen **sofortige baare** Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 13. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stoß.

Bekanntmachung.

Auf sein Ansuchen ist Herr Oberlehrer
C. H. W. Küchenmeister, Waldstraße Nr. 33,
aus dem von ihm bisher bekleideten Amte eines Armenpflegers im 16. Districte entlassen worden. Wir sprechen ihm hiermit unseren Dank für die unserem Armenwesen gewährte Mitwirkung aus.

Leipzig, den 16. September 1884.

Das Armendirectorium.
Ludwig-Wolf.

Nichtamtlicher Theil.

Die Rede Bennigsen's.

Wir fassen unser Urtheil über die neueste Rede Bennigsen's, welche derselbe in der nationalliberalen Landesversammlung der Provinz Hannover am 14. September gehalten hat, dahin zusammen, daß sie sich in der Hauptsache mit allgemeinen Wahrheiten und Grundsätzen beschäftigt, statt diese auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse anzuwenden. Wer möchte nicht wünschen, daß die Wahlagitation mit edleren Waffen geführt würde, als es in der That geschieht, daß die anders Denkenden sich mehr an die Sache als an die Person hielten! Aber dadurch, daß dieser Wunsch geäußert wird, ist seine Erfüllung noch nicht näher gerückt. Die Mahnung, das leidenschaftliche Parteitreiben zu mäßigen, ist gewiß sehr gut gemeint, und ihre öftere Wiederholung mag sehr wohl angebracht sein, aber wir fürchten, daß ihre Befolgung darum nicht minder ausbleiben wird. Der Grund des Uebels liegt darin, daß die persönlichen Angriffe und die Verschärfung des Parteitreibens von der Seite ausgehen, welche die meiste Ursache zur sachlichen Behandlung der Streitpuncte und zur maßvollen Form in Rede und Gegenrede hätte. Wie es in den Wald hineinschallt, so schallt es wieder heraus, und wer die Person des Gegners verunglimpft, kann sich nicht wundern, wenn die Abwehr sich auch nicht in den engsten Grenzen hält. Wenn die maßlosen Angriffe der politischen Gegner von deutschfreisinniger und ultramontaner Seite gegen die Nationalliberalen unterbleiben, dann werden auch diese zu den Formen zurückkehren, welche unter gebildeten Leuten üblich sind; aber zu verlangen, daß man alle Liebenswürdigkeiten von den genannten beiden Seiten nur durch die verbindlichsten Höflichkeiten erwidern soll, geht über Das, was man vernünftiger Weise Andern zumuthen darf, hinaus. Wir stimmen mit Herrn von Bennigsen vollkommen darin überein, daß wir gegen die Deutschfreisinnigen, obwohl sie mit uns auf gemeinsamer Grundlage in Verfassungsfragen stehen, auch angriffsweise vorgehen müssen und müssen, wir sind unserem Führer auch sehr dankbar dafür, daß er daran erinnert hat, daß die Nationalliberalen es waren, welche die bestehende Verfassung gegen den Widerspruch der Fortschrittspartei zu Stande gebracht haben. Auch darin sind wir mit Herrn von Bennigsen einverstanden, daß es eine Lächerlichkeit ist, wenn die Fortschrittspartei die Behauptung aufstellt, daß die Nationalliberalen nicht den Beruf und die Pflicht in sich fühlten, zu jeder Zeit die Verfassung und die freiheitlichen Errungenschaften in Deutschland aufrecht zu erhalten, die gerade durch ihr Verdienst geschaffen worden sind. Aber wir haben kein Verständniß dafür, daß Herr v. Bennigsen die gegenwärtigen brennenden Fragen, die Gegenstände der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit, die eigentlichen Ursachen der bestehenden Spaltung durch den Hinweis auf die größere Wichtigkeit der Verfassung glaubt beseitigen zu können.

Herr v. Bennigsen sagt: „Die Partei wird die Palme des Sieges davontragen, welche sehr wohl die Bedeutung der einzelnen größeren oder geringeren Fragen des Tages zu würdigen, für sie thätig einzutreten weiß, welche aber niemals aus den Augen verliert, daß viel wichtiger als alle Tageserscheinungen mit ihren heftigen Kämpfen die großen Grundlagen unseres ganzen Volkslebens und die nothwendigen Voraussetzungen für eine große feste und ruhige Entwicklung unseres politischen Lebens in Deutschland sind." Niemand, der sich zur liberalen Partei zählt, wird die Wahrheit dieses Satzes im Mindesten bezweifeln, aber es scheint uns an der erforderlichen Veranlassung zu fehlen, diesen Satz einer nationalliberalen Versammlung gegenüber als Einleitung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen gleichsam als die Quintessenz der politischen Weisheit zu verkünden. Wenn die Grundlagen unseres Volks- und Verfassungslebens in Frage gestellt werden, so werden die Nationalliberalen, wie es das Heidelberger Programm klar und deutlich sagt, mit allen Vertheidigern dieser Grundrechte Schulter an Schulter kämpfen, aber augenblicklich haben wir es mit bestimmten Fragen zu thun, deren Wichtigkeit weit über die Bedeutung von Tagesfragen hinausragt und zu welchen es gilt Stellung zu nehmen. Man kann ein noch so eifriger Vertheidiger der Volksrechte sein, aber trotzdem die Ueberzeugung hegen, daß wir zur Aufrechthaltung des gesammten staatlichen Daseins eines Socialistengesetzes bedürfen. Die Nationalliberalen sind dieser Meinung, die Deutschfreisinnigen sind der entgegengesetzten Meinung, und deshalb bekämpfen wir sie mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft. Die Deutschfreisinnigen glauben, daß die socialen Gegensätze durch die freie Bewegung der Kräfte, durch Selbsthülfe, wie ihr Schlagwort lautet, ausgeglichen werden können, wir sind der entgegengesetzten Ansicht, und deshalb widersetzen wir uns der Wahl von Deutschfreisinnigen. Wir glauben vielmehr, daß der Reichskanzler mit seiner Socialpolitik das Richtige getroffen hat, daß man den Arbeiter gegen Krankheit, Unfälle und Arbeitsunfähigkeit schützen muß und daß dadurch der Hauptgrund der Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen beseitigt werden wird. Deshalb unterstützen wir die Socialpolitik des Reichskanzlers und gedenken das besonders in der folgenden Legislaturperiode des Reichstages zu thun.

Durch ganz Deutschland geht augenblicklich ein frischer Luftzug, erregt durch die Initiative der Reichsregierung auf dem Gebiete der Colonialpolitik. Wir freuen uns, daß die deutsche Flagge in Westafrika neben der englischen aufgepflanzt wird, daß wir endlich einmal in die Lage kommen, theilzunehmen an den Vortheilen anderer Welthandel treibenden Nationen, welche sich derselben schon lange erfreuen. Das Deutschland vor 1866 konnte in seiner Zerrissenheit und Uneinigkeit nicht daran denken, mit den großen seefahrenden Nationen in die Schranken zu treten, neben ihnen in Asien und Afrika als Wettbewerber zu erscheinen, jetzt ist die Grundlage vorhanden, auf welcher sich auch eine deutsche Colonialpolitik entwickeln kann, und als die Reichsregierung mit einer bescheidenen Forderung für die Unterstützung von Postdampferlinien nach Ostasien und Australien vor den Reichstag tritt, wird sie von den Vertretern der deutschfreisinnigen Partei, den Herren Bamberger und Richter, höhnlachend zurückgewiesen und der unumstößliche Beweis geführt, daß Deutschland so theures Porto, wie die Reichsregierung verlangt, für seine Briefe nicht zahlen kann, daß erst der Nachweis der Rentabilität erbracht werden müsse, ehe dafür Millionen bewilligt werden könnten. Zudem werde auch die Rhederei ruinirt. So sprachen die Deutschfreisinnigen und so sprechen sie noch heute, und deshalb fordern wir die liberalen Wähler in Stadt und Land auf, ihre Stimmen keinem Deutschfreisinnigen zu geben, weil diese Partei kein Verständniß hat für nationale Aufgaben, weil sie rechnet, wo sie des Vaterlandes und der Pflichten gegen dasselbe eingedenk sein sollte. Das sind unseres Erachtens die Hauptgesichtspuncte, welche bei den bevorstehenden Reichstagswahlen in Betracht kommen.

Wir können uns auch nicht mit der Auffassung des Herrn v. Bennigsen befreunden, daß auf katholischer Seite wieder einmal die gemäßigte Richtung an Stelle der extremen die Herrschaft antreten werde wie zu der Zeit, als Papst Ganganelli den Jesuitenorden aufhob. Damals waren andere Zeiten, damals war noch nicht die Art an die Lebensbedingungen der katholischen Kirche gelegt, wie zur Zeit der französischen Revolution. Daß die extreme Richtung in Rom heute triumphirt, ist die Folge der Fortschritte unseres Jahrhunderts, es ist der Kampf auf Leben und Tod, welchen die römische Curie gegen die Ideen der Neuzeit kämpft. Diesen Kampf kann sie nicht mit stumpfen Waffen führen, sie muß entweder ihre gesammte Macht anstrecht erhalten oder ihren Untergang befürchten, und deshalb wird die extreme Richtung die herrschende bleiben bis ans Ende.

Noch einen Punct hat Herr v. Bennigsen in seiner Rede berührt, und das ist die Fortdauer der Herrschaft reactionärer Grundsätze in der inneren Verwaltung Preußens, das Verbleiben des Herrn v. Puttkamer an seiner Stelle, welcher über Wahltaktik seine eigenthümlichen Ansichten hegt und dieselben auch praktisch durchgeführt hat. Auch uns ist dieser wunde Punct im preußischen Verfassungsleben wohl bewußt, aber vorläufig tritt dieser Mißstand vor andern weit wichtigeren Fragen in den Hintergrund, welche Herr v. Bennigsen unter die vorübergehenden Tagesberscheinungen rechnet. Wir weichen in dieser Hinsicht von den Ansichten unseres hochverehrten Parteifreundes ab und glauben auch, daß er diesen Dingen eine andere praktischere Seite abgewinnen würde, wenn er sich selbst wieder an den parlamentarischen Kämpfen im Parlamente selbst, nicht blos in Wahlversammlungen, betheiligte.

Leipzig, 19. September 1884.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „Wie es nach der von den „Deutschfreisinnigen" und den Ultramontanen bei Gelegenheit der Verhandlungen über das sog. Expatriirungsgesetz gemeinsam beobachteten Taktik verherzusehen war, werden die Nationalliberalen jetzt als die einzigen Vertreter eines ganz hoffnungslosen, von allen Urtheilsfähigen längst aufgegebenen kirchenpolitischen Standpunctes bezeichnet. Man glaubt unserer Partei keinen größeren Schimpf anthun zu können, als indem man sie eine Gesellschaft „unverbesserlicher Culturkämpfer" nennt. Wir würden diesen oft genug widerlegten Vorwurf ruhig bei Seite lassen können, wenn wir nicht wüßten, daß die mit ihm beabsichtigte Täuschung in weiten Volkskreisen, welche im Uebrigen dem gemäßigten Liberalismus zugethan sind, in der That einige Wirkung übt. Für jeden der Verhältnisse einigermaßen Kundigen ist es ja kein Geheimniß, daß die Bevölkerung im Allgemeinen des sogenannten Culturkampfes müde ist; namentlich in Süddeutschland kann man, bei Erörterung der Candidatenfrage, regelmäßig den Ruf hören: „Nur keinen Culturkämpfer!" Die Erscheinung ist nicht schwer zu erklären. In dem Gesichtskreise des gewöhnlichen Lebens kommen die großen Principienfragen des Streites zwischen Staat und Kirche wenig oder gar nicht zum Bewußtsein, um so schwerer aber empfindet man wenigstens da, wo die Bevölkerung confessionell stark gemischt ist, die schädlichen Rückwirkungen desselben auf die kleinen Verhältnisse des täglichen Verkehrs. Vielen mag es dann scheinen, als ob von oben herunter ganz unnöthiger Weise ein confessioneller Hader angefacht würde, während doch die Bevölkerung keinen anderen Wunsch habe, als im Frieden mit einander zu leben. Dazu kommen noch die, wenn auch vereinzelten Fälle, in welchen ihrer Natur nach friedfertige, allgemein geachtete Geistliche von den schweren Folgen der kirchenpolitischen Gesetze getroffen worden sind. Nicht nur die Katholiken glauben dann auf Grund solcher Beispiele an eine Verfolgung um der religiösen Ueberzeugung willen; auch die Andersgläubigen klagen über eine Härte, für die sie kein Verständniß haben. Was Wunder, wenn aus solchen Betrachtungen heraus viele unseres Freunde im Lande den Kopf geschüttelt haben, als sie die nationalliberale Fraction im Reichstage allein gegen den Antrag Windthorst auf Beseitigung des „ungerechtesten und härtesten aller Maigesetze" stimmen sahen! Und doch bleibt es wahr; die nationalliberale Fraction hat in jenem Augenblicke gehandelt, wie sie anders nicht handeln konnte und nicht handeln durfte. Ganz und gar nicht handelte es sich damals um eine praktische Milderung der kirchenpolitischen Kampfmaßregeln. Die Nationalliberalen haben es laut genug erklärt, daß sie, sowie sie darauf Einfluß haben, jede unnöthige Härte der preußischen Maigesetze zu beseitigen und überhaupt jene Maßregeln soviel nur immer möglich zu mildern bereit sind. Selbstverständlich wird aber eine wirksame Initiative in dieser Richtung nur von der preußischen Regierung, die ihrerseits ja mit der römischen Curie verhandelt, ergriffen werden können. Der Vorwurf, sich einer „großartigen Demonstration zu Gunsten des kirchlichen Friedens" widersetzt zu haben, kann also die Nationalliberalen, die überdies den Grundsatz voller Glaubens- und Gewissensfreiheit stets auf ihre Fahne geschrieben haben, in keiner Weise treffen. Diese Demonstration haben sie seit Jahren durch ihre unzweideutigen Erklärungen mitgemacht; die anderen aber, um welche es sich bei jenem Antrage Windthorst's in Wahrheit einzig und allein handelte, die ausdrückliche und feierliche Bestätigung der Herrschaft des Ultramontanismus im deutschen Reichstage, die haben sie mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Und daß sie damit lediglich ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan, das wird jetzt, nachdem die Centrumspartei in Amberg auf ihre wahren Ziele so dankenswerthe Streiflichter hat fallen lassen, wohl auch manchem zweifelnden Freunde klar geworden sein. Es ist weder nöthig, noch rathsam, daß man sich in diesem Wahlkampfe in die Wuth der Verachtung gegen die „Reichsfeinde" hineinrede; wir unsererseits erachten die Centrumspolitiker als Männer, die nach ihrer Ueberzeugung das Beste wollen. Aber darüber sollte heute nirgends mehr ein Zweifel sein, daß dasjenige, was sie wollen, schlechterdings unvereinbar ist mit einer gesunden Weiterentwicklung unseres nationalen Staates. Nichts Neues hat uns die Amberger Versammlung enthüllt; aber klarer als je hat sie bestätigt, was die Centrumsredner so oft bestritten haben, daß nämlich das Ziel der Politik dieser Partei kein anderes ist, als die Weltherrschaft des Papstthums. Diese Universalmonarchie und die Selbstständigkeit der nationalen Staaten — das ist der Gegensatz, auf den es ankommt. Wir leugnen nicht die Großartigkeit des Gedankens, der den Ultramontanismus beseelt, aber, wir unsererseits wollen den nationalen Staat in freier Entwickelung, und deshalb ist für uns die nächstliegende Losung: die Herrschaft des Centrums im deutschen Reichstage muß gebrochen werden!"

* Die „Liberale Correspondenz", das officielle Organ der ehemaligen „Secessionisten", erklärt es für eine verläumderische Behauptung, daß sie ihren Parteigenossen empfohlen habe, unter Umständen lieber einem Polen und Socialdemokraten als einem gemäßigt Liberalen oder Conservativen zum Sieg zu verhelfen. Das Blatt weiß in seiner aufgeregten Stimmung offenbar selbst nicht mehr, was es geschrieben. In der Nr. vom 9. September heißt es bei Besprechung der Wahlvorgänge in Graudenz, wo der nationalliberale Herr Bieler als Compromißcandidat einem Polen gegenübersteht: „Den Deutschfreisinnigen kann es schließlich gleichgiltig sein, ob ein polnischer oder ein conservativ-nationalliberaler Abgeordneter für die Erhöhung der Getreide- und sonstigen Zölle stimmt." In einem anderen Artikel waren die Wahlvorgänge in der Stadt Braunschweig besprochen, und dabei wurde erklärt, daß die Liberalen für einen „Gemäßigten", der sich auf Erhöhung der Getreidezölle, auf den Antrag Ackermann und auf eine Erhöhung des Militäretats verpflichte, auch in einer Stichwahl (in dem in Rede stehenden Fall konnte es sich nur um einen Socialdemokraten handeln) nicht zu stimmen vermöchten.

* Eine längere Besprechung des Amberger Congresses in der „Allgemeinen Zeitung" spricht sich über die Behandlung der socialen Frage in dieser Versammlung in folgender Weise aus:

Am allerwindigsten sah es zu Amberg mit der socialen Frage aus. Die fromme Versammlung war offenbar in diesem Betracht, wie auch das Centrum zu Berlin, so gespalten, daß die Sache nur mit Glacehandschuhen leise angetupft werden durfte. Es giebt in der katholisch-politischen Partei Männer, welche auf eine ernstliche ökonomische Reform einzugehen Willens sind, und es giebt andere, offenbar in der Mehrzahl, welche auch die Socialpolitik als Tauschgeschäft betreiben und die dabei nur hierarchische Zwecke verfolgen. Zur ersten Classe zählen wir Frhrn. v. Hertling, zur zweiten, die offenbar in Amberg allein vorgelassen wurde, den bayerischen Landtagsabgeordneten Herrn Hitze und — wenigstens in Amberg — Herrn Windthorst. Herr Hitze begnügte sich damit, „aus christlichen Arbeitern eine geschulte schlagfertige Armee zu bilden" — „Armee, Bataillone, Eintheilung", man glaubt Lassalle zu hören — „die den socialistischen Propheten des Unglaubens auch in Werkstatt und Fabrik folgt." Die Socialdemokratie macht reißende Fortschritte, sogar in Köln, dem katholischen Köln: „organisiren wir unsere christlichen Arbeiter!" Die christlichen Arbeiter würden es vermuthlich vorziehen, wenn Herr Hitze die Arbeit organisirte und das Recht auf lohnende Arbeit proclamirte, anstatt sie selbst als Polizei wider die Socialdemokraten zu organisiren.

Der gegebenen Parole gemäß pries dann auch Herr Windthorst die Macht der Kirche in dem verschrienen Mittelalter, wo jene es „verstanden, eine richtige Vermittelung zwischen Arm und Reich herbeizuführen!" Noch mehr, er verhöhnte das „kluge Wort, der Staat müsse praktisches Christenthum treiben", dem er doch in Berlin durch sein Votum zustimmte. Nur die religiösen Orden, die Kapuziner voran, können die sociale Frage lösen. Seinen ganzen Beifall hat es daher, daß überall Vereine für die Arbeiter geschaffen werden sollen unter kirchlicher Leitung. Es handelt sich um „Kolping'sche Gesellenvereine", um „Sonn- und Feiertagsruhe." Damit ist die sociale Frage gelöst! „Was ist Ihr da, mein Prinz?" — „Worte, Worte, Worte!"

* Der Bundesrath wird sich in seiner Donnerstag Nachmittag 2 Uhr stattfindenden Plenarsitzung außer mit dem Antrage auf Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin noch mit dem Antrage auf Errichtung von Privattransitlagern für Getreide in Friedrichshafen beschäftigen.

* Der bayerische Bundesbevollmächtigte, Ministerialrath Frhr. v. Raesfeldt, welcher im Bundesrath das Referat in Etats- und Finanzsachen hatte, sich durch seine außerordentliche Umsicht und verdienstvolle Thätigkeit auszeichnete, verläßt dem Vernehmen nach Berlin und tritt wieder in das bayerische Finanzministerium in München ein. An seine Stelle kommt der Ministerialrath Frhr. v. Stengel nach Berlin, welcher seiner Zeit an den commissarischen Berathungen im Bundesrath über die Einführung einer Reichsstempelsteuer theilgenommen hatte.

* Der diesseitige Grenzverkehr mit Rußland gestaltet sich nach neuerlichen Vereinbarungen in der Weise, daß den innerhalb einer Entfernung von 3 Meilen von der Grenze wohnhaften preußischen Unterthanen das Ueberschreiten der Grenze lediglich auf Grund einer von den preußischen Ortsbehörden ausgestellten Grenzkarte gestattet ist. Die russischen Behörden sind ganz besonders angewiesen, den Fremden, welche sich im Besitze von Legitimationskarten befinden, beim Verlassen des russischen Gebietes weder das Visiren der Pässe, noch damit zusammenhängend das Einlösen einer Marke von 60 Kopeken zu verlangen.

* Die Commission für die Umgestaltung des russischen Gefängnißwesens hat ihre Arbeiten beendet und ist zu dem Resultate gekommen, von einer radicalen Gefängnißreform vorläufig abzusehen, doch sind die Verbesserungen, welche von ihr in Aussicht genommen wurden, immerhin nicht unerheblich. Die Realisation derselben soll noch im Laufe des Jahres in allen Gouvernements gleichzeitig stattfinden.

* Die Zeit der Kreuzzüge, die man mit dem Mittelalter ein- für allemal abgethan glaubte, scheint aufs Neue erstehen zu sollen, und zwar in Belgien. Der Gegensatz zwischen Klerikalismus und Liberalismus nimmt eben jetzt in jenem Lande Dimensionen an, die an das Mittelalter zu mahnen geeignet sind. Dem Liberalismus wird von seinen politischen Nebenbuhlern die Rolle des ungläubigen Sarazenenthums octroyirt, gegen den man den gesammten klerikalen Heerbann aufbietet. Als Kampfmittel werden — hierin macht der Klerikalismus dem sonst so arg geschmähten modernen Zeitgeist die weitgehendsten Zugeständnisse — nicht ritterliche Waffen benutzt, sondern Triebfedern wirthschaftlicher und socialer Natur. Man will den Liberalismus aushungern in des Wortes verwegenster Bedeutung. Namentlich ist es Brüssel, die Landeshauptstadt, welche dafür büßen soll, daß sie keine Lust verspürte, für klerikale Straßenkundgebungen die geduldige Staffage herzugeben. Wenn man den Versicherungen der katholischen Blätter Belgiens Glauben beimessen darf, so wird seitens der Provinzen „der Kreuzzug gegen Brüssel" in großem Stile organisirt. Das Vorpostengefecht ist bereits eröffnet. Es gilt dem Brüsseler Handel und Gewerbefleiß. Brüsseler Teppiche, Brüsseler Spitzen sind auf den Index der klerikalen Kreuzfahrer gesetzt. Brüsseler Geschäftsreisende finden bei ihren seitherigen klerikalen Abnehmern hinfort geschlossene Thüren. Die katholische Geschäftswelt Antwerpens hat den Brüsseler abgesagt, so lange der liberale Herr Buls den hauptstädtischen Bürgermeisterposten zu bekleiden fortfahre. Alle von Liberalen gehaltenen Restaurants, Hotels, Cafés 2c. sind in Verruf gethan. Kein Katholik wird, außer wenn es die Nothwendigkeit gebietet, in Brüssel Aufenthalt nehmen. Der hohe Landesadel wird seine Brüsseler Saisons künftig auf ein Minimum beschränken. Kurz, der Klerikalismus plant nichts Geringeres, als die Verhängung einer Art wirthschaftlichen und socialen Interdictes über den Brüsseler Platz. — Wenn man nun den liberalen Blättern innerhalb wie außerhalb Belgiens unbedenklich darin beipflichten kann, daß hier eine beispiellose Verirrung des Parteifanatismus zu Tage tritt, die der staatsmännischen Befähigung des Klerikalismus ein schlimmes Zeugniß ausstellt, so ist es doch andererseits auch klar, daß die Dinge niemals so weit gediehen sein würden, hätte nicht das frühere liberale Regime sich, was die Wahrung und Kräftigung des inneren Friedens angeht, mancherlei bedauerlicher Begehungs- sowohl wie Unterlassungssünden schuldig gemacht, deren Consequenzen der Liberalismus nunmehr entgelten muß.

* Der spanische Botschafter in Paris, Don Manuel Silvela, hat mit seiner ganzen Familie die französische Hauptstadt verlassen, um sich trotz der Unbequemlichkeiten der Quarantaine nach Madrid zu begeben. Man schließt daraus, daß Herr Silvela auf seinen Posten nicht zurückkehren wird, den er bei der Bildung des Cabinets Canovas del Castillo nur provisorisch übernommen hatte. Silvela war der am meisten beschäftigte Advocat in Madrid, so daß er durch die Annahme des diplomatischen Postens große pecuniäre Opfer brachte.

* Die Aussichten für den von demokratischer Seite für die Präsidentschaft in den Vereinigten Staaten aufgestellten Candidaten Cleveland steigen. Der demokratische New-Yorker Tammany-Hall-Ausschuß hat mit 816 gegen 87 Stimmen eine Resolution angenommen, welche die Candidatur des Gouverneurs Cleveland gutheißt. Die Resolution wird durch eine lange Adresse eingeleitet, in der das bisherige Vorgehen des Tammany's recapitulirt wird und die Gründe angegeben werden, welche zur Opposition gegen Gouverneur Cleveland bei der Chicago-Convention führten.

* In Südafrika läßt der Stand der englischen Angelegenheiten mancherlei zu wünschen übrig. Ein Telegramm des „Standard" aus Kimberley vom 12. September meldet die Rückkehr des Commissars Rhode und des königl. Secretairs Bower aus Bechuanaland. In Geschen war ihre Mission vollständig fehlgeschlagen, der Commissar wurde insultirt und Acte ungesetzlicher Gewaltthätigkeit wurden in seiner Gegenwart begangen. Mentjoa war genöthigt, sein Gebiet mit den Boeren zu theilen und das Versprechen zu leisten, alle Streitfälle einem Schiedsgericht der Transvaal-Regierung zu unterwerfen. In Stellaland ließ Herr Bower den Boeren zu Gefallen Lennox verhaften, welcher die Actien der Eindringlinge dadurch gehemmt hatte, daß er ihr Vieh